

## Luzern: SP verliert Sitz im Regierungsrat

**LUZERN.** Im Kanton Luzern sind die Linken erstmals seit 56 Jahren und die Frauen erstmals seit 28 Jahren nicht mehr im Regierungsrat vertreten. Die Stimmberechtigten haben im zweiten Wahlgang die beiden restlichen Regierungssitze zwei bürgerlichen Männern zugewiesen. Der parteilose bürgerliche Finanzdirektor Marcel Schwerzmann, der in den letzten Monaten wegen einer angeblich laschen Amtsführung in die Kritik geraten war, erzielte mit 65 708 Stimmen das beste Resultat.

Einen Erfolg feiern konnte auch die SVP, die 2007 ihren Regierungssitz verloren hatte. Der Kandidat der zweitgrössten Luzerner Partei, der Krienser Gemeindepräsident Paul Winkler, kam auf 54 500 Stimmen.

### Klarer Rückstand für SP

Für kein Mandat in der Regierung reichte es der Linken. SP-Kantonsrätin Felicitas Zopfi, die den Sitz der zurücktretenden Yvonne Schärli hätte verteidigen sollen, blieb deutlich zurück. Bereits im ersten Wahlgang waren die bisherigen Regierungsräte Guido Graf (CVP), Reto Wyss (CVP) und Robert Küng (FDP) im Amt bestätigt worden. Der Luzerner Regierungsrat setzt sich somit neu wie folgt zusammen: CVP 2, FDP 1, SVP 1, parteilose 1.

Die SP gab sich am Wahltag nicht selbstkritisch, sondern machte für den Verlust ihrer Regierungsbeteiligung die Kampagne von FDP, SVP und der Wirtschaft gegen Zopfi verantwortlich. Diese hatte die bürgerliche Finanzpolitik mit Steuerentkennungen und Sparpaketen im Kanton Luzern stets bekämpft und möchte die Unternehmenssteuern wieder erhöhen. Man habe die SP aus der Regierung werfen wollen, sagte die gescheiterte Kandidatin. Es gebe nun in der Regierung nur noch bürgerlichen Mainstream. Es sei aber nicht im Sinne der Demokratie, wenn Minderheiten nicht eingebunden würden.

### Rekordtiefe Stimmbeteiligung

Wie schon im ersten Wahlgang vom 29. März war die Stimmbeteiligung tief. Von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten nur gerade 37,1 Prozent. Die Beteiligung sank damit im Kanton Luzern auf einen neuen Tiefststand. (sda)



Der Ostschweizer Lokalsender TVO könnte seinen Personalbestand bei einem Ja zur RTVG-Revision deutlich aufstocken.

Bild: Ralph Ribi

# Grosse Summen für die Kleinen

Fünf Wochen vor der Abstimmung spitzt sich der Streit um die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes zu. Das macht auch die lokalen Radio- und Fernsehsender nervös, denn für sie geht es am 14. Juni um sehr viel Geld.

DOMINIC WIRTH

Er läuft heiss und heisser, der Abstimmungskampf über die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG); man könnte gar sagen, dass er zuweilen überkocht. Der Gewerbeverband bekämpft die Vorlage mit allen Mitteln, er verschickt Medienmitteilungen in hohem Takt und greift dabei auch gerne zur kräftigen

**14. Juni**   
**ABSTIMMUNG**  
**Fernsehgesetz-Revision**

Übertreibung. Derweil zieht SRG-Direktor Roger de Weck durchs Land und versucht sich als Abstimmungskämpfer: Kaum eine Zeitung, in der er derzeit nicht für ein Ja zur Gesetzesrevision wirbt (vgl. Ostschweiz am Sonntag von gestern).

Es dürfte eng werden am 14. Juni. Das zeigt der Aktionismus auf allen Seiten, das zeigt auch die erste Trendumfrage, laut der sich Befürworter und Gegner zurzeit die Waage halten. Sorgen bereitet das nicht nur der SRG, sondern auch den 34 lokalen Fernseh- und Radiostatio-

nen, die ebenfalls zumindest teilweise vom Gebührentopf des Bundes leben.

54 Millionen Franken, verteilt auf 13 Fernsehkanäle und 21 Radiosender: Das ist der Anteil der privaten, vom Bundesamt für Kommunikation (Bakom) konzeptionierten Sender. Das sind zwar nur 4 Prozent der Gebühreneinnahmen, die insgesamt 1,2 Milliarden Franken betragen. Doch diese 4 Prozent machen viel aus für die einzelnen Sender, die bis zu 70 Prozent ihrer Kosten so decken. Und wenn die RTVG-Revision angenommen wird, gibt es noch mehr Geld, viel mehr gar. Bis zu 6 Prozent oder 81 Millionen Franken will der Bund dann in die Regionen verteilen. Dazu kommen 45 Millionen, die sich im Lauf der Jahre angesammelt haben, weil sie nicht verteilt werden konnten. Dieses Geld soll nun für Aus- und Weiterbildungen und Infrastrukturhilfen verwendet werden.

### Eine Million zusätzlich

Wie viel für die betroffenen Sender auf dem Spiel steht, zeigt das Beispiel von TVO, dem Ostschweizer Fernsehsender, der wie das St. Galler Tagblatt zu den

Tagblatt Medien und damit zur NZZ-Mediengruppe gehört. 2,3 Millionen Franken fliessen TVO derzeit jährlich aus Bern zu, das macht die Hälfte des Budgets von 4,5 Millionen aus. Wenn die Revision am 14. Juni das Referendum übersteht, rechnet der Sender mit deutlich höheren Konzessionsgeldern: «Wir gehen davon aus, dass wir eine Million zusätzlich erhalten würden», sagte André Moesch, Geschäftsführer von TVO und Präsident von Telesuisse, dem Verband der regionalen Fernsehsender.

### Hoffnung auf «längere Spiesse»

«Vier oder sechs Prozent, das tönt nach wenig», sagte Moesch, «doch das würde uns endlich etwas längere Spiesse gegenüber der SRG verschaffen.» Laut Moesch würde das Geld in erster Linie in die Redaktion fliessen; er geht davon aus, dass er acht neue Journalisten anstellen könnte – zusätzlich zu den 15, die TVO derzeit beschäftigt. «Und sonst wird dann die Kluft zu den grossen Sendern immer breiter und wir kommen an den Punkt, an dem wir sagen müssen: Wir haben zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben.»

Zu wenig zum Leben, zu viel zum Sterben: Es ist diese angespannte finanzielle Situation der Lokalsender, die der vorgesehenen Erhöhung des Gebührenanteils einiges an Sprengkraft verleiht. Gegner der RTVG-Revision sprechen gerne vom Zückerchen, das den Medienhäusern ins Gesetz gepackt wurde, analog dem Zückerchen für die Stimmbürger, die künftig statt 462 nur noch 400 Franken bezahlen müssen.

Christian Wasserfallen gefällt das nicht. Er ist FDP-Nationalrat und Verwaltungsrat von Radio Bern 1, einem Radiosender, der keine Gebührengelder erhält. «Das gleichmässige Verteilen dieser Zückerchen führt dazu, dass der Widerstand der Branche gegen die Revision nicht gross ist.» Er stört sich daran, dass die Schweizer Medien sich nicht trauen, gegen die Revision Stellung zu beziehen – und glaubt, dass dies auch damit zusammenhängt, dass verschiedene Medienhäuser nicht nur Zeitungen herausgeben, sondern auch lokale Fernsehsender betreiben.

Auch TVO stellt die RTVG-Revision vor Probleme: Einerseits produziert der Sender journalis-

tische Inhalte, die ausgewogen sein müssen. Andererseits geht es am 14. Juni eben darum, künftig viel mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu haben. «Wir wenden die klassischen journalistischen Gesetze an», sagte Geschäftsleiter André Moesch, «wir machen keine Propaganda und achten auf Ausgewogenheit. Es ist ein typisches Abstimmungsargument, zu sagen, die Verlage und Sender seien gekauft.»

### Eine Zwickmühle

Wie heikel die Grenzziehung in diesen Tagen ist, unterstreicht eine Anzeige, die TVO seit einigen Tagen auf seiner Homepage aufgeschaltet hat und die auch auf tagblatt.ch, dem Online-Auftritt des St. Galler Tagblatt, zu sehen ist. «Ja zu TVO, ja zum RTVG» heisst es da. Ist das zulässig? Ja, findet André Moesch. «Das ist legitim, wir können nicht so tun, als ob uns das alles nicht interessierte. Man muss unterscheiden zwischen unserer journalistischen Aufgabe und dem Standpunkt unserer Firma.» Allerdings ist sich Moesch bewusst, dass er sich in einer Zwickmühle befindet. «Die Konstellation ist besonders», sagt er.

# Juso bezichtigt Walter Müller der Korruption

Weil der St. Galler FDP-Nationalrat Walter Müller im Mai 2014 nach Kasachstan einladen liess, will ihn die Juso laut Präsident Fabian Molina wegen Vorteilsnahme im Amt anzeigen. Die St. Galler FDP stellt sich derweil hinter Müller – und spricht von einem politischen Manöver im Hinblick auf die Wahlen.

RICHARD CLAVADETSCHER

«Natürlich haben die Juso nichts gegen Kontakte von Politikern mit dem Ausland, und sie sollen auch stattfinden», sagt deren Präsident Fabian Molina. Einem korrupten Regime auf die Beine helfen, das könne man jedoch nicht, «wenn man selber korrupt ist». So beurteilt Juso-Chef Molina Nationalrat Walter Müller (FDP/SG) aufgrund von dessen Reise nach Kasachstan.

Müller hatte sich im Mai 2014 von der PR-Agentur Burson-Marsteller und deren Auftraggeber aus der kasachischen Partei Ak Schol zu einer fünf-tägigen Reise nach Kasachstan einladen lassen. Die Kosten für diese Reise, die Müller zusammen mit dem SVP-Politiker und Sekretär der parlamentarischen Gruppe Schweiz-Kasachstan Christian Miesch unternahm, beliefen sich

auf insgesamt über 60 000 Franken. Für die beiden Reisenden war sie kostenlos (Ausgabe vom Samstag).

### Molina will mehr Transparenz

Durch die Umstände dieser Reise habe sich Parlamentarier Walter Müller der Vorteilsnahme im Amt schuldig gemacht, so Molina gegenüber unserer Zeitung. Müller habe nicht nur gegen das entsprechende Gesetz, sondern auch noch gegen einschlägige Empfehlungen des eidgenössischen Parlaments verstossen. Die Juso würden Müller deshalb bei der Bundesanwaltschaft anzeigen – ausschliesslich Müller deshalb, weil Miesch zum fraglichen Zeitpunkt nicht Mitglied des Parlaments war.

Für Molina ist die Anzeige aus zwei Gründen notwendig: Zum einen soll in diesem Bereich «den entsprechenden gesetzli-

chen Vorgaben Nachachtung verschafft werden», zum andern erhofft sich der Juso-Präsident durch die Aufarbeitung der Geschehnisse rund um Kasachstan die grundsätzliche Einsicht beim politischen Personal, dass nun «endlich mehr Transparenz nötig ist bezüglich der Geldflüsse bei Parteien und Politikern». Die Schweiz habe damit ganz offensichtlich ein Problem, wie die Geschehnisse mit Kasachstan nun wieder zeigten.

Walter Müller, der gestern nicht zu erreichen war, hat sich am Samstag zur Kasachstan-Reise gegenüber unserer Zeitung dahingehend geäussert, dass er die Einladung von Christian Miesch, dem Sekretär der parlamentarischen Gruppe Schweiz-Kasachstan, erhalten habe. Als dann Marie-Louise Bachmann von der PR-Agentur Burson-Marsteller die Reise organisierte, sei

er, Müller, davon ausgegangen, dass sie dies im Auftrag der parlamentarischen Gruppe tue. Dass diese Agentur ein kasachisches Mandat hatte, sei ihm nicht bekannt gewesen.

Zur Reise selbst sagte Müller, dass sie ihm als Parlamentarier und als Mitglied der aussenpoli-

tischen Kommission seines Rates interessante Einblicke in das asiatische Land und seine Probleme ermöglicht habe. So habe er unter anderem ein Wirtschaftsforum und ein Anti-Korruptions-Meeting besucht. Versuche, ihn zu beeinflussen oder für Kasachstan einzunehmen,

habe es auf dieser Reise keine gegeben: «Ich hatte den Eindruck, die Kasachen merkten, dass wir nicht zu beeinflussen waren.»

### Rückhalt von Marc Mächler

Was sagt nun Marc Mächler, Präsident der FDP des Kantons St. Gallen, zu den Vorwürfen der Juso an die Adresse Müllers? «Den Vorwurf an Walter Müller, korrupt zu sein, empfinde ich als dicke Post – und völlig deplaziert», so Mächler. Ihm scheine die ganze Thematik vielmehr höchst politisch motiviert – nämlich im Hinblick auf die Wahlen im Herbst.

Der 67-jährige Landwirt Walter Müller aus Azmoos sitzt seit 2003 im Nationalrat und tritt im Herbst zur Wiederwahl an. Die FDP des Kantons St. Gallen hat ihn zu Beginn des Jahres nominiert; als Bisheriger führt er deren Nationalratsliste an.

## Kasachstan-Affäre Christa Markwalder meldet sich zu Wort

Nationalrätin Christa Markwalder (FDP) hat sich gestern mit einer Stellungnahme zu Wort gemeldet, nachdem sich der Druck auf sie weiter erhöht hatte. Verschiedene Sonntagszeitungen berichteten, dass Markwalder wohl das Kommissionsgeheimnis ausgehebelt habe. Die Nationalrätin schrieb,

dass sie nie «Kommissionsprotokolle oder dergleichen nach Kasachstan geschickt habe» und die schriftlichen Antworten der Verwaltung auf ihre Fragen «weder vertrauliche noch brisante Informationen» enthielten. Daneben schrieb die Bernerin, sie bedauere ihre Gutgläubigkeit. (red.)